

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europausschuss**

36. Sitzung

am Mittwoch, dem 25. September 2002, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Rolf Fischer (SPD)

Hermann Benker (SPD)

Astrid Höfs (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Uwe Greve (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Joachim Behm (FDP)

Vorsitzender

i.V. für Ulrike Rodust

**Weitere Abgeordnete**

Heinz-Werner Arens (SPD)

**Fehlende Abgeordnete**

Gisela Böhrk (SPD)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bericht über die Ostseeparlamentarierkonferenz</b>	<b>4</b>
Berichterstattung: Landtagspräsident Heinz Werner Arens	
<b>2. Reform der Agrarpolitik</b>	<b>7</b>
Berichterstattung: Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus	
<b>3. Entwicklung, politische Schwerpunktsetzung der regionalen Par- lamentspartnerschaften</b>	<b>10</b>
Berichterstattung: Direktor des Landtages Dr. Jürgen Schöning	
<b>4 Verschiedenes</b>	

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Der Vorsitzende begrüßt als Gäste die Hospitanten Alexander und Oksana aus Kaliningrad.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Bericht über die Ostseeparlamentarierkonferenz**

LP Arens berichtet, dass sich die Delegationen zu einer abschließenden Vorbereitungssitzung zur 11. Ostseeparlamentarierkonferenz in Sankt Petersburg getroffen hätten. Nach einem zähen und schwierigen Beginn im Anschluss an die Übernahme des Vorsitzes in der Ostseeparlamentarierkonferenz durch Russland liefen die Vorbereitungen auf die Konferenz inzwischen reibungslos.

Mit dem Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden des Standing Committee, Valeriy Ustyugov, Anfang September hätten sich erneut Irritationen ergeben. Ustyugov habe mit diesem Schritt seinen Protest gegen Putins Beauftragten für Kaliningrad, Rogosin, zum Ausdruck bringen wollen, dem er ein mangelndes Interesse an den in Kaliningrad bestehenden Problemen, der Entwicklung dieser Region und an der Ausbildung einer eigenständigen Rolle innerhalb der Ostseeparlamentarierkonferenz vorwerfe.

Aus den Vorbereitungen auf die Ostseeparlamentarierkonferenz in Sankt Petersburg sei die Arbeit der Kommission für Maritime Sicherheit hervorzuheben, an der die Abgeordneten Behm und Benker beteiligt gewesen seien. Die Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Dr. Henning Klostermann habe hinsichtlich der Umsetzung der die Schiffsicherheit betreffenden Teile in der Resolution der Greifswalder Konferenz eine enorme Arbeitsleistung vollbracht. Dieser Arbeit sei es zu verdanken, dass auch ein Teil der Schlussresolution der Ostseeparlamentarierkonferenz in Sankt Petersburg der Frage der Schiffsicherheit gewidmet werden solle. Ein schon jetzt zu verzeichnender Erfolg der Arbeit sei es, dass der Ostseeparlamentarierkonferenz ein Beobachterstatus bei der HELCOM angeboten worden sei. Darüber hinaus zeige der besondere Schwerpunkt der Arbeit dieser Kommission, dass die Ostseeparlamentarierkonferenz in der Lage sei, in dringlichen Fragen konkrete Lösungen zu finden und Ergebnisse zu erzielen.

Die Arbeit an dem Entwurf des Konferenzprogramms und an der Vorbereitung der Schlussresolution sei anfangs zäh und schleppend verlaufen. Beide Entwürfe seien aber zunächst von russischer Seite akzeptiert worden. LP Arens stellt in diesem Zusammenhang fest, dass es auf russischer Seite nach wie vor Spannungen zwischen der regionalen und der staatlichen Ebene gebe, die die Vorbereitungen der Ostseeparlamentarierkonferenz geprägt hätten.

Zum wiederholten Male hätten sich im Zusammenhang mit Visafragen große Schwierigkeiten ergeben. Die Bearbeitung der Visa werde in der Regel sehr lange hinausgezögert, wodurch sich die anfallenden Kosten erheblich erhöhten.

Die Anreise zur Konferenz erfolge per Flugzeug. Vom Flughafen Sankt Petersburg/Pulkowa werde ein kostenfreier Shuttleverkehr zum Hotel Moscow eingesetzt. LP Arens weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass für eine Taxifahrt 90 US-Dollar berechnet werde.

Die Unterbringung erfolge im Hotel Moscow am südlichen Ende des Alexander-Newski-Prospekts. Konferenzort sei der Tavrishesky-Palast im nordöstlichen Teil der Altstadt an der Newa. Er beherberge mit seinen riesigen Ausmaßen unter anderem die parlamentarischen Vertretungen der elf GUS-Staaten.

Der Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Sankt Petersburg habe der deutschen Delegation ein Briefing über die aktuelle wirtschaftliche und politische Situation in Sankt Petersburg und Russland angeboten. Des Weiteren werde sich die Gelegenheit zur Stadtbesichtigung ergeben. Außerdem sei ein Treffen mit Vertretern von Nicht-Regierungsorganisationen geplant.

Die Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer umfasse gegenwärtig 140 Personen. Vorgesehen seien vier Sitzungsabschnitte. Als Vorsitzender des Redaktionskomitees sei der Vizepräsident der Baltischen Versammlung, Dr. Romualds Razuks, vorgeschlagen worden. Entsprechend den bisherigen Gepflogenheiten werde es auch bei dieser Ostseeparlamentarierkonferenz Simultanübersetzungen geben. Die im Redaktionskomitee zugelassenen Sprachen seien Englisch und Russisch.

Die Schlussresolution werde aus zwei Teilen bestehen. Der Entwurf des ersten Teils werde den Teilnehmer frühestens eine Woche vor Konferenzbeginn vorliegen, weil sich das russische Außenministerium und Wirtschaftsministerium vorbehalten hätten, noch Änderungen einzubringen. Der zweite Teil der Resolution werde sich mit der Frage der Schiffssicherheit beziehungsweise den Ergebnissen der Kommission befassen.

In der Schlussitzung sei über einen Vorschlag zur Änderung der Zusammensetzung des Standing Committee abzustimmen. Vorgesehen sei, dass der Nordische Rat und Russland künftig zwei Sitze in Standing Committees erhielten; die übrigen Länder und Ländergruppen würden weiterhin mit je einem Mitglied vertreten sein. Die deutsche Delegation, in der diese Frage erörtert worden sei, sei übereingekommen, vorerst keinen weiteren Sitz zu fordern. Über kurz oder lang werde aber eine grundsätzliche Neuordnung erforderlich, für die entsprechende Kriterien festgelegt werden müssten.

LP Arens kündigt an, dass die 12. Ostseeparlamentarierkonferenz auf Einladung des Finnischen Reichstags im September 2003 in Finnland - voraussichtlich in Oulu - stattfinden werde.

Auf die Frage des Abg. Behm, ob die hinsichtlich der Visafragen bestehenden Schwierigkeiten im Laufe der Diskussionen erörtert worden seien, verneint LP Arens. Innerhalb der deutschen Delegation habe Einigkeit darüber bestanden, dass dieses Thema in der Ostseeparlamentarierkonferenz offen angesprochen werden müsse.

Abschließend bietet LP Arens an, dem Ausschuss im November über die Arbeit des Konvents zu berichten.

Der Vorsitzende begrüßt diesen Vorschlag und bekräftigt, dass es sich dabei um ein aktuelles und wichtiges Thema handele.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Reform der Agrarpolitik**

M Franzen ruft einleitend in Erinnerung, dass die Agenda 2000 beziehungsweise die Berliner Beschlüsse von 1999, mit denen diese im Wesentlichen bestätigt worden sei, vonseiten der hiesigen Landwirtschaft sehr kritisch gesehen worden seien. Seinerzeit sei ein Zwischenbericht von EU-Kommissar Fischler in Aussicht genommen worden, der inzwischen vorliege.

Fischler, dessen Zwischenbericht durchaus perspektivische Vorschläge enthalte, habe dabei die durch die geplante Osterweiterung der EU entstandenen enormen Haushaltszwänge im Blick gehabt. Er habe vor diesem Hintergrund vorgeschlagen, die Interventionspreise um weitere 25 % zu senken, was bei den Beitrittsländern verständlicherweise auf Ablehnung stoße. Da seines Erachtens insbesondere die Ausgleichszahlungen nach 2006 gefährdet seien, beabsichtige er, vorzeitig die Weichen entsprechend zu stellen und die Konzepte im Zuge der Osterweiterung bis 2012 festzulegen. Mit der längerfristigen Perspektive werde versucht, die Agrarpolitik aus den zu erwartenden Verteilungskämpfen herauszuhalten. Durch Umschichtungen solle gewährleistet werden, dass in den gleichzeitig anstehenden WTO-Verhandlungen ein Teil der finanziellen Mittel erhalten bleibe.

M Franzen stellt sodann die in dem Zwischenbericht enthaltenen Kernvorschläge vor. Der umstrittenste Vorschlag sehe vor, die Prämienzahlungen, die bei den schleswig-holsteinischen Landwirten derzeit ein Volumen von 260 Millionen € aufwiesen, von der betriebsbezogenen Produktion zu entkoppeln und die bisher getrennten Flächen- und Tierprämien zusammenzulegen. Dieser Vorschlag sei auch im Hauptausschuss des Bauernverbands, der im Vorfeld der NORLA getagt habe, sehr kritisch diskutiert worden. Seitens des Ministeriums sei der Vorschlag zu begrüßen, weil seine Umsetzung eine erhebliche Entbürokratisierung bewirken würde. Eine weitere Folge wäre, dass sich die landwirtschaftliche Produktion stärker als bisher am Markt orientieren würde.

Die in der Agenda 2000 vorgesehene Modulation, die Fischler in seinem Bericht aufgegriffen habe, sei bisher nur von wenigen Ländern umgesetzt worden. Deutschland zähle nicht dazu. In der Agenda sei vorgesehen, einen Anteil von bis zu 20 % der Prämienzahlungen in die so genannte zweite Säule zu übertragen, sodass diese Mittel nicht mehr als Direkthilfe, sondern für besondere Maßnahmen der Landwirtschaft und die Entwicklung der ländlichen Räume

eingesetzt würden. Aus der Sicht der Landwirte stehe dabei allerdings der Verlust der Prämienzahlungen im Vordergrund.

Fischler habe vorgeschlagen, die Modulation 2004 zwingend für alle EU-Staaten einzuführen, und zwar in Schritten von jeweils 3 %, bis der maximale Wert von 20 % erreicht sei.

M Franzen erläutere, sie begegne Fischlers Vorschlag mit großem Interesse, weil die Modulation die Möglichkeit biete, Tätigkeiten zu vergüten, die seitens der Landwirtschaft bisher unentgeltlich für die Umwelt erbracht würden, zum Beispiel die Knickpflege. Auch die Fortführung der Programme für die Dorfentwicklung - das Programm „ZAL“ laufe bis 2006 - wäre durch die Umschichtung möglich.

Die Agrarministerkonferenz habe sich diesem Ansatz nicht völlig verweigert, vertrete aber den Standpunkt, dass die Modulation nicht in festgelegten Schritten erfolgen sollte, sondern auf die jeweilige Situation der Landwirtschaft abzustimmen sei.

Einigkeit habe in der Agrarministerkonferenz auch hinsichtlich der Ablehnung der Kappungsgrenze bestanden. Kommissar Fischler habe vorgeschlagen, die Prämien ab einer bestimmten Höhe zu kappen. Die Umsetzung dieses Vorschlags würde ihres Erachtens innerhalb der Landwirtschaft zu einer Spaltung zwischen Ost und West führen, meint die Ministerin.

Das Stichwort „Compliance“ bezeichne das Vorhaben, im Bereich der Entwicklung des ländlichen Raumes bestimmte Standards sowohl in der Nahrungsmittelsicherheit als auch im Umwelt- und Tierschutz und in der Tiergesundheit einzuführen. Die Ministerin gibt zu bedenken, dass die Umsetzung dieses Vorhabens sicherlich einen erheblichen Kontroll- und Verwaltungsapparat erfordern würde.

Abschließend hält die Ministerin fest, dass die Vorschläge des EU-Kommissars als Diskussionsgrundlage geeignet seien. Dem Kommissar sei darin zuzustimmen, dass durch die Agenda 2000 die Perspektiven bis 2006 festgeschrieben seien, dass aber frühzeitig das weitere Vorgehen diskutiert werden müsse.

Der Vorschlag Fischlers, die durch die Modulation anfallenden EU-Mittel, die auf nationaler Ebene kofinanziert werden sollten, in Brüssel einzubehalten und von dort aus nach bestimmten Kriterien neu zu verteilen, sei aus schleswig-holsteinischer Sicht nicht zu begrüßen. Eine solche Regelung würde für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum in Schleswig-Holstein zu großen Einbußen führen.

Abg. Ehlers weist darauf hin, dass die Zahlungen an die schleswig-holsteinischen Landwirte nach der Entkoppelung der Prämienzahlungen von der Produktion um 40 % sinken würden. Die Modulation sei durchaus diskussionswürdig, sofern gewährleistet sei, dass die Mittel auch nach der Umschichtung den Höfen zugute kämen.

M Franzen erwidert, sie setze sich dafür ein, alle für die Region wichtigen Prämienzahlungen zu erhalten. Mit der Entkoppelung sei nicht vor 2006 zu rechnen; zudem werde sie sicherlich schrittweise erfolgen.

Seitens des Landes seien die Vorbereitungen so weit gediehen, dass die Modulation 2003 erfolgen könne. Die Finanzierung sei gesichert. Den Landwirten stehe es frei, sich darum zu bemühen, die infolge der Umschichtung verloren gehenden Mittel zurückzuerhalten.

Auf die Frage des Abg. Ehlers, wie viele Betriebe voraussichtlich von der vorgesehenen Einführung einer Kappungsgrenze betroffen wären, sagte MR Christian zu, dem Ausschuss die erbetenen Angaben zukommen zu lassen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Entwicklung, politische Schwerpunktsetzung der regionalen Parlamentspartnerschaften**

Dr. Dr. Schöning gibt einleitend zur Kenntnis, dass neben den bereits bestehenden Parlamentspartnerschaften mit den Regionen Kaliningrad und Pommern eine weitere Partnerschaft mit der südschwedischen Region Schonen (Skåne) in Vorbereitung sei.

Der Direktor führt sodann aus, die Regionen Kaliningrad und Pommern seien für Partnerschaften ausgewählt worden, um auf Regierungsebene bereits bestehende Partnerschaften auch auf parlamentarischer Ebene zu begleiten. Demokratisierung, Entwicklung einer Zivilgesellschaft, Regionalisierung und EU-Osterweiterung bildeten die Schwerpunkte der Parlamentspartnerschaften. Dabei hätten vor allem der polnische EU-Beitritt, die Einbindung Kaliningrads und auch die Frage der Visaregelungen im Mittelpunkt der Gespräche gestanden. Die vergangenen zwei Jahre hätten gezeigt, dass die Umsetzung der beiden Memoranden, in denen diese Themen ebenfalls Schwerpunkte gebildet hätten, sehr schwierig sei.

Auf schleswig-holsteinischer Seite habe man sich in den Parlamentspartnerschaften erfolgreich um Kontinuität bemüht. Zu diesem Zweck sei eine entsprechende Planung unter Angabe von Schwerpunkten und verlässlichen Daten notwendig gewesen. Dr. Dr. Schöning hält es in diesem Zusammenhang für wichtig, dass sich der Europaausschuss als Lenkungsausschuss verstehe und mit dem Initiativkreis im Vorwege planend einbringe.

Auf dieser Basis sei es gelungen, mit den Partnern in Pommern und Kaliningrad sowohl auf der Abgeordneten- als auch auf der Verwaltungsebene einen sehr konstruktiven Gestaltungsprozess einzuleiten. Dr. Dr. Schöning verweist in diesem Zusammenhang auf die stattliche Zahl von Projekten in den beiden Regionen, die in der den Ausschussmitgliedern verteilten Unterlagen „Aktivitäten im Rahmen der Umsetzung des Memorandums mit der Kaliningrader Gebietsduma“ und „Projekte für die Umsetzung des Partnerschaftsabkommens zwischen dem Schleswig-Holsteinischen Landtag und dem Sejmik der Wojewodschaft Pommern“ aufgelistet sind.

Der Direktor stellt fest, dass die Umsetzung der Projekte einen erfreulichen Stand erreicht habe. Aus der Sicht der Partnerregionen sei der Schleswig-Holsteinische Landtag das einzige Partnerparlament, das aufgrund einer vorausschauenden Planung die Abkommen mit einer

derartigen Stringenz und Konsequenz zu implementieren versuche. Dabei sei es sehr hilfreich gewesen, dass der Landtag die finanzielle Ausstattung für die Partnerschaftstätigkeit in diesem Jahr mit 100 000 € großzügig bemessen habe.

Allerdings habe sich die Zweckbindung der Partnerschaftsarbeit als problematisch erwiesen, da sie sich in erster Linie auf den Besuch von Abgeordneten aus Kaliningrad und Pommern in Schleswig-Holstein bezogen habe. Der Finanzausschuss habe jedoch zwischenzeitlich die Erweiterung der Zweckbindung dahin gehend zugesagt, dass schon im laufenden Haushaltsjahr sämtliche Projekte aus diesem Titel finanziert werden könnten. In diesem Zusammenhang gelte es, deutlich zu machen, dass die Beziehungen nicht sozusagen als Einbahnstraße gestaltet werden sollten; vielmehr gehe es um den gegenseitigen Austausch zwischen den Partnern.

Zum Thema „Entwicklung der regionalen Parlamentspartnerschaften“ betont D Dr. Schöning noch einmal, mit der finanziellen Ausstattung seien die Weichen dafür gestellt worden, dass nicht nur Memoranden verfasst würden, sondern darüber hinaus konkrete Projekte initiiert werden könnten. Er weist auf die Übersicht „Projektplanung Pommern - Titel 0101 - 534 05 - Haushaltsjahr 2002“ hin und fügt hinzu, dass die Zahl der Projekte von sieben auf zehn angestiegen sei.

Die Umsetzung dieser großen Zahl von Projekten bedeute vor allem für die Verwaltung einen erheblichen Arbeitsaufwand. Der Direktor nutzt an dieser Stelle die Gelegenheit, den mit dieser Aufgabe befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seine Anerkennung für die qualitativ hoch stehende Arbeit auszusprechen, die sie in diesem Bereich leisteten.

Für beide Partnerschaften sei festzustellen, dass sie nicht nur auf dem Papier beständen, sondern sozusagen mit Leben erfüllt seien und dass sie sowohl von den Abgeordneten als auch von den Verwaltungen der beteiligten Parlamente mit einem beachtlichen Engagement begleitet würden.

Zur politischen Schwerpunktsetzung erläutert D Dr. Schöning, er müsse dabei verstärkt auf die Region Kaliningrad eingehen, weil sich in dieser Partnerschaft die größten Schwierigkeiten ergäben. Bei der Partnerschaftsarbeit handele es sich um einen dynamischen Prozess, der mit dem gegenseitigen Kennenlernen beginne. Dem trügen einige Projekte Rechnung, die dem kulturellen Dialog gewidmet seien. In dem Frühstadium, in dem sich die Partnerschaft noch befinde, seien die so genannten Soft Skills besonders gefragt. Darunter sei die Fähigkeit zur Kommunikation und zum Aufbau von Netzwerken zu verstehen, die durch gegenseitige

Besuche und durch Informationsaustausch zur Anwendung komme, aber auch durch Fußball und Kunstausstellungen gepflegt werden könne.

Was die Situation in Kaliningrad angehe, habe Magdalene Hoff als Berichterstatterin gegenüber dem Europäischen Parlament im Frühjahr dieses Jahres zutreffend festgestellt, dass sich die Region Kaliningrad, in der 950 000 Menschen lebten, in einem massiven sozialen und wirtschaftlichen Verfall befinde. D Dr. Schöning berichtet weiter, dass das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf um die Hälfte unter dem der Nachbarländer Polen und Litauen, der ärmsten Staaten der Europäischen Union nach der Osterweiterung, liege. Insofern könne sich eine Partnerschaft nicht auf die Soft Skills beschränken, sondern erfordere auch die Auseinandersetzung mit den realen Gegebenheiten vor Ort. Dazu zähle auch die Visaproblematik. Dem schleswig-holsteinischen Entwurf der Tagesordnung zur 11. Ostseeparlamentarierkonferenz sei es zu verdanken, dass in dem dritten Hauptabschnitt dieser Konferenz die Visaproblematik einen zentralen Schwerpunkt bilde.

Der Hoff-Bericht mache deutlich, wie sehr die Visaproblematik die Bürgerinnen und Bürger in Kaliningrad berühre; 30 % der Menschen lebten von dem kleinen Grenzhandel, zu dem durchaus auch Schmuggel zähle. Ein bereits überall greifbares Problem liege darin, dass das Vertrauen der Kaliningrader Politiker in Europa schwinde und dies von nationalistischen Politikern genutzt werde, um in Kaliningrad eine gegen die Europäische Union gerichtete Stimmung zu erzeugen. Dieses Problem sei von Politikern aller Parteien in den gemeinsamen Unterredungen immer wieder angesprochen worden.

Abschließend führt D Dr. Schöning zwei Beispiele dafür an, wie auf konkrete Bitten der Kaliningrader Gebietsduma Unterstützung geleistet werden könne. So hätten der Duma im Zuge eines „Generationenwechsels“ im Schleswig-Holsteinischen Landtag 80 Computer angeboten werden können, deren Transport zurzeit vorbereitet werde. Des Weiteren könne, wenn 2004 der Austausch der Telefonanlage im schleswig-holsteinischen Landtag erfolge, voraussichtlich der Duma die gesamte Telefonanlage überlassen werden.

Die Parlamentspartnerschaft mit dem Sejmik der Wojewodschaft Pommern stehe der mit der Duma von Kaliningrad an Bedeutung nicht nach, sei aber, da keine mit Kaliningrad vergleichbaren Schwierigkeiten beständen, leichter zu handhaben. Der Sejmik habe sich schon im ersten Jahr der Partnerschaft sehr interessiert an einer intensiven Zusammenarbeit mit dem Schleswig-Holsteinischen Landtag gezeigt und sich als ein sehr flexibler und konstruktiver Partner erwiesen.

Was Skåne angehe, sei von schwedischer Seite immer wieder darauf hingewiesen worden, dass die südschwedische Region an einer Partnerschaft mit Schleswig-Holstein interessiert sei. Aus schleswig-holsteinischer Sicht sei diese Partnerschaft vor allem deshalb interessant, weil Skåne bereits Partnerschaften mit Mecklenburg-Vorpommern, Pommern und mit der Duma von Kaliningrad eingegangen sei. Eine Partnerschaft zwischen Skåne und Schleswig-Holstein würde gewissermaßen das Netzwerk von Parlamentspartnerschaften der südlichen Ostseeregion schließen. Dabei seien auch die NGOs mit einzubeziehen. Unter dem Stichwort „Wissensgesellschaft Ostsee“, das einen Schwerpunkt der nächsten Ostseeparlamentarierkonferenz in Oulu/Finnland bilden werde, sei auf das dichte Netzwerk zwischen den Universitäten hinzuweisen. D Dr. Schöning regt in diesem Zusammenhang an, sich auch vonseiten Schleswig-Holsteins der universitären Kooperation zu widmen, um sich mit entsprechenden eigenen Beiträgen an der Konferenz beteiligen zu können.

Zum Stand der Vorbereitungen der Parlamentspartnerschaft mit Skåne berichtet D Dr. Schöning, es sei vereinbart worden, zunächst die Parlamentswahlen in Schweden abzuwarten, die zwischenzeitlich stattgefunden hätten. Dabei hätten die Sozialdemokraten, die seinerzeit den Gedanken einer Parlamentspartnerschaft an Schleswig-Holstein herangetragen hätten, erneut die Mehrheit erlangt, sodass die Partnerschaft nun zügig realisiert werden könne.

Der Direktor sagt zu, dem Ausschuss seinen Bericht in schriftlicher Fassung zur Verfügung zu stellen.

Abg. Behm fragt im Zusammenhang mit den bestehenden Schwierigkeiten, ob es möglich sei, über die parlamentarischen Verbindungen auf eine größere Rechtssicherheit und die Vereinfachung der Verfahrensweise bei Hilfstätigkeiten hinzuwirken, um diejenigen, die sich um humanitäre und wirtschaftliche Kontakte bemühten, zu motivieren, ihr Engagement fortzusetzen.

D Dr. Schöning berichtet, dass diese Frage in der vorigen Sitzung des Standing Committee in Sankt Petersburg vor 14 Tagen erörtert worden sei, insbesondere hinsichtlich der Problematik der Verzögerungen in der Bearbeitung von Visaanträgen und der in diesem Zusammenhang vermuteten Korruptionsproblematik. Das Problem sei auch mit dem Nordischen Rat erörtert worden. Es sei erwogen worden, in die Resolution der 11. Ostseeparlamentarierkonferenz in Sankt Petersburg einen Appell aufzunehmen, mit dem bei aller gebotenen Zurückhaltung dem Gastgeber gegenüber darauf hingewiesen werden solle, dass die Kooperation im Ostseeraum und auch die Einbindung Russlands in diese Kooperation nicht durch derartige Hemmnisse

erschwert werden dürften. Die Frage, ob ein solcher Appell tatsächlich in die Resolution aufgenommen werden solle, habe noch einmal innerhalb der Delegationen erörtert werden sollen.

Abg. Dr. Kötschau begrüßt die angestrebte Vernetzung der südlichen Ostseeregion und meint, dass dies möglicherweise dazu beitragen könne, den Leningrader Bereich und damit auch Russland in ein bestehendes Netz einzubinden. Die in der Region Kaliningrad bestehenden Schwierigkeiten seien teilweise darauf zurückzuführen, dass seitens der russischen Regierung die Umsetzung vieler Vorhaben, zum Beispiel die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone, nicht zugelassen werde.

Aus ihrer Sicht bedeute Hilfe zur Selbsthilfe Unterstützung beim Aufbau kleiner Strukturen vor Ort, die den Menschen vor Ort Arbeitsmöglichkeiten böten. So könnte geprüft werden, inwieweit seitens der EU Möglichkeiten beständen, etwa dem Beispiel Litauens folgend in Kaliningrad den kleinen Grenzhandel zu unterstützen.

Dr. Dr. Schöning berichtet, dass diese Fragen auch in den zuständigen Fachausschüssen der Duma in Kaliningrad diskutiert würden, und meint, es sei in der Tat notwendig zu handeln, auch um der zunehmend gegen die Europäische Union gerichtete Stimmung der Menschen in Kaliningrad zu begegnen.

In Kaliningrad gebe es durchaus positive Ansätze, um die bestehenden Probleme zu lösen. Entsprechende Vorhaben würden jedoch dadurch erschwert, dass die Gesetzgebungskompetenz nicht auf der Regionalebene, sondern auf der Föderationsebene in Moskau liege.

Der Vorsitzende schlägt vor, Anfang nächsten Jahres ein Treffen der Europaausschüsse der norddeutschen Bundesländer durchzuführen, um sich über die in Norddeutschland bereits bestehenden Initiativen auszutauschen. Ein solches Treffen würde zudem im norddeutschen Raum das Bewusstsein für das Engagement in der Ostseeregion stärken. - Der Ausschuss begrüßt diesen Vorschlag.

Abg. Greve bemerkt, die wirtschaftliche Entwicklung in der Region Kaliningrad weise durchaus einen Aufwärtstrend auf, jedoch sei dieser vor allem auf die Schattenwirtschaft zurückzuführen. Daraus ergebe sich auch, dass zwar die amtliche Statistik eine Arbeitslosenquote von 70 bis 80 % aufweise, die tatsächliche Quote aber bei etwa 20 % liege.

Frau Prof. Dr. Schmidt-Kärner berichtet, in den 90er-Jahren sei das humanitäre Engagement verstärkt über Hilfstransporte erfolgt; dies ändere sich aber zurzeit fundamental. Die Zollgesetzgebung sei in einem Maße verschärft worden, dass von Transporten abgesehen worden

sei. Im Übrigen habe es sich nicht als sinnvoll erwiesen, unkontrollierte Hilfstransporte durchzuführen. Nunmehr gehe es darum, zu prüfen, wo konkrete Hilfsprojekte in Absprache mit den Menschen vor Ort durchgeführt werden könnten. Es gebe vor Ort durchaus erfahrene und qualifizierte Partner, die die Umsetzung solcher Projekte begleiteten.

Im Zusammenhang mit den Programmen PHARE und TACIS weist Frau Prof. Dr. Schmidt-Kärner darauf hin, dass zurzeit auch ein EU-Programm für junge Parlamentarier in Kaliningrad laufe. An Programmen mangle es nicht, sofern die Finanzierung gewährleistet sei. Allerdings habe es sich als äußerst schwierig erwiesen, in dieser Region ein Programm durchzuführen.

Zur Parlamentspartnerschaft mit dem Sejmik der Wojewodschaft Pommern führt RL Schmidt Holländer aus, dass derzeit ein Kunstprojekt mit Pommern laufe, dessen polnischer Leiter gezielt Partner auf Dauer für weitergehende, EU-finanzierte Projekte suche.

Vorgesehen sei des Weiteren, nächstes Jahr die Bewilligung der Internationalen Sommerakademie als EU-INTERREG-Projekt zu beantragen. Die Sommerakademie habe in diesem Jahr zum zweiten Mal stattgefunden und solle künftig ostseeweit durchgeführt werden.

Vom 21. bis 24. November dieses Jahres sei ein interkulturelles Training in Schleswig-Holstein geplant, das der Verständigung von Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags mit Abgeordneten aus Pommern, Kaliningrad, Schonen und Mecklenburg-Vorpommern diene. Das Training diene dem Ziel, die jeweiligen parlamentarischen Abläufe kennen zu lernen, und dem Erfahrungsaustausch. Als Teilnehmer seien acht Abgeordnete aus Schleswig-Holstein und jeweils sechs Abgeordnete aus Pommern und Kaliningrad vorgesehen. Teil des interkulturellen Austauschs sei, dass eine Übernachtung in privater Unterbringung erfolgen solle.

Der Vorsitzende kommt abschließend auf das Amt Sønderjylland zu sprechen und fragt, welche Möglichkeiten beständen, sich in dieser Region zu engagieren.

D Dr. Schöning erwidert, diese Frage sei auf der Verwaltungsebene bereits erörtert worden. Es wäre in der Tat sinnvoll, diese Region in das Netzwerk von Parlamentspartnerschaften der südlichen Ostseeregion mit einzubeziehen.

Seit einem Jahr gebe es bereits eine Partnerschaft zwischen der Landesregierung und dem Amt Sønderjylland. Die Frage einer möglichen Parlamentspartnerschaft sei auf politischer Ebene zu entscheiden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Vorsitzende teilt mit, dass Herr Prof. Dr. Meyer, der Delegierte des Deutschen Bundestags im EU-Konvent, an der Ausschusssitzung am 26. November teilnehmen werde, und schlägt vor, Landtagspräsident Arens zu dieser Sitzung einzuladen und die Tagesordnung um den von ihm in Aussicht gestellten Bericht zum Konvent der deutschen Parlamente zu erweitern.

Der Ausschuss kommt überein, am 4. Dezember keine Ausschusssitzung durchzuführen.

Auf Anregung des Abg. Behm nimmt der Ausschuss für das nächste Jahr in Aussicht, der Einladung eines NATO-Kommandos in Mitteldänemark zu folgen, und kommt überein, bei dieser Gelegenheit auch das Amt Sønderjylland zu besuchen.

Abg. Benker berichtet, dass die Positionen des Ausschusses der Regionen in einen Leitantrag der Europa-Union an den Konvent aufgenommen worden seien. Darin werde gefordert, den Ausschuss der Regionen im Verfassungsrang zu sichern und dem Ausschuss das Klagerecht zuzuerkennen. Des Weiteren werde in dem Leitantrag die im Sinne des Subsidiaritätsprinzips ursprünglich vorgesehene zweite Kammer abgelehnt.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 12.05 Uhr.

gez. R. Fischer  
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter  
Geschäftsführerin